

Corona-Finanzhilfe für den Landkreis Ludwigsburg

Ohne Kurzarbeitergeld und November- und Dezemberhilfe

Hilfsprogramm	Zahl der bewilligten Anträge	Gesamt volumen (Hilfen von Bund und Land, in Millionen Euro)
Soforthilfe	11400	105
Überbrückungshilfe 1	866	10,2
Überbrückungshilfe 2	440	5,3
Stabilisierungshilfe Gastronomie	187	3,8
Tilgungszuschuss Corona	42	0,5

Quelle: KfW/Bundeswirtschaftsministerium. Tabelle: LKZ/Thomas Csulits

CORONAHLIFEN

Bisher 125 Millionen von Bund und Land für Firmen im Kreis

Fast 125 Millionen Euro Corona-Hilfe von Bund und Land sind bis Mitte Januar in den Landkreis Ludwigsburg geflossen. Dies geht aus Zahlen des Bundeswirtschaftsministeriums hervor, die der CDU-Bundestagsabgeordnete Steffen Bilger zusammenstellen ließ.

KREIS LUDWIGSBURG

VON STEFFEN PROSS

Nach den Daten, die der Staatssekretär im Verkehrsministerium jetzt veröffentlichte, wurden im Landkreis bis Mitte Januar insgesamt 13 000 Anträge für die verschiedenen Fördertöpfe bewilligt und insgesamt 124,8 Millionen Euro ausgeschüttet. Der Löwenanteil entfällt auf die bereits Ende Mai 2020 ausgelaufene Corona-Soforthilfe für kleine und mittlere Unternehmen, landwirtschaftliche Betriebe und Freiberufler. Allein hier wurden 105 Millionen Euro an 11 400 Antragsteller aus dem Kreis ausbezahlt. Das Programm sah einmalige Zuschüsse für kleinere Firmen und Soloselbstständige vor, deren wirtschaftliche Existenz so gestützt werden sollte.

Weitere 3,5 Millionen Euro – 13,2 Millionen vom Bund und 2,3 Millionen vom Land – flossen aus den Überbrückungshilfen I und II in den Kreis. Die Überbrückungshilfe I war für Unternehmen reserviert, deren Umsatz im Frühjahr 2020 um mindestens 60 Prozent einbrach, die Überbrückungshilfe II unterstützt Mittelständler, Soloselbstständige so-

wie gemeinnützige Organisationen und Vereine, die bis zum zweiten Lockdown in mindestens zwei Monaten die Hälfte ihres Umsatzes verloren. Anträge für dieses Programm können noch bis 31. März gestellt werden.

Weitere 3,5 Millionen Euro haben 187 Gastronomiebetriebe im Kreis aus der mit dem neuen Jahr ausgelaufenen Stabilisierungshilfe für die Branche erhalten. Außerdem gingen 515 000 Euro aus dem Tilgungszuschuss Corona an 42 Antragsteller aus den Branchen Events, Schausteller, Taxi.

Noch nicht in der Aufstellung enthalten sind die mit dem zwei-

ten Lockdown beschlossenen November- und Dezemberhilfen. Für die Novemberhilfe hat die reguläre Bewilligung erst im Januar begonnen, ebenso wie die Auszahlung erster Abschläge auf die Dezemberhilfe. Diese schleppende Abarbeitung ist auf breite Kritik gestoßen.

Nicht berücksichtigt ist auch das Kurzarbeitergeld, das nicht steuerfinanziert ist, sondern aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung bestritten wird. Die Ludwigsburger Arbeitsagentur verzeichnete bis Januar 6983 pandemiebedingte Kurzarbeitsanzeigen für 103 586 Beschäftigte.

Bundessubventionen für den südlichen Landkreis

Unternehmen	Fördersumme in Millionen Euro
Robert Bosch GmbH	93,32
Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim	9,48
Trumpf-Gruppe	4,64
Mann + Hummel	3,73
Porsche	3,69
Eloxalwerk Ludwigsburg	1,34
Acscys Lasertechnik	0,9
User Interface Design	0,61
IN – Innovative Navigation	0,6
Endress + Hauser Conducta	0,53
Öffentliche Einrichtungen	Fördersumme in Millionen Euro
Pädagogische Hochschule Ludwigsburg	5,5
Evangelische Hochschule Ludwigsburg	1,53
Jobcenter Landkreis Ludwigsburg	1,24
Lernen fördern	0,15
Tennisclub Hochberg	0,01
Kommunen	Fördersumme in Euro
Stadt Ludwigsburg	13 502 750
Landkreis Ludwigsburg	1 864 881
Ditzingen	355 782
Kornal-Münchingen	277 325
Gerlingen	147 055
Kornwestheim	146 067
Asperg	105 034
Markgröningen	70 213
Eberdingen	50 000
Remseck	38 086
Hemmingen	19 549
Sersheim	10 383
Möglingen	5169

Quelle: Bundesregierung/Büro Bilger. Tabelle: LKZ/Thomas Csulits

► Bosch kassiert wieder die meisten Bundessubventionen

Umgerechnet fast 4,60 Euro je Einwohner – so viel Fördermittel des Bundes flossen 2020 in die 15 Kommunen im südlichen Landkreis, die zusammen mit Weissach im Nachbarkreis Böblingen den Bundestagswahlkreis Ludwigsburg bilden. Lässt man Weissach außen vor, so leben hier gut 322 000 Menschen – knapp 60 Prozent der Kreisbevölkerung.

Berlin überwies voriges Jahr 147,3 Millionen Euro an Unternehmen, öffentliche Einrichtungen wie Hochschulen sowie an die Kommunen im Südkreis. Dies geht aus Zahlen der Bundesregierung hervor, die der Ludwigsburger CDU-Bundestagsabgeordnete und Verkehrsstaatssekretär Steffen Bilger alljährlich für seinen Wahlkreis auswerten lässt. Das Geld stammte aus Fördertöpfen von sechs Ministerien.

Der größte Batzen kommt mit gut 60 Millionen Euro vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, gefolgt vom Wirtschaftsministerium mit 48,3 Millionen. Aus Bilgers Ressort, dem Ministerium für Verkehr und Infrastruktur (BMVI), flossen 23 Millionen in seinen Wahlkreis, vom Umweltministerium stammen 14 Millionen. Mit deutlich kleineren Beträgen sind Fördertöpfe des Arbeits- und des Landwirtschaftsministeriums vertreten.

Der größte Teil des Geldes fließt wie gewohnt an die Wirtschaft, diesmal rund 122,5 Millionen Euro. Das Unternehmen, das erneut die meisten Fördergelder erhalten hat, hat auf diese Spitzenposition ein Dauerabonnement, vor dem ein FC Bayern München im Fußball erleichen müsste: Es ist erneut Bosch – der Konzern aus dem Strohgäu liegt

auch diesmal mit 93,3 Millionen Euro einsam an der Spitze. Auf Platz zwei rangiert mit den Stadtwerken Ludwigsburg-Kornwestheim ein kommunales Unternehmen (9,5 Millionen Euro), gefolgt vom Ditzinger Laser-Spezialisten Trumpf.

Insgesamt 16,4 Millionen Euro flossen an die 15 „Ludwigsburger“ Wahlkreis-Kommunen und an den Landkreis Ludwigsburg. Der hinkt mit einer Fördersumme von knapp 1,9 Millionen deutlich hinter der Stadt Ludwigsburg her: Die Kreisstadt kassiert Subventionen in einer Höhe von 13,5 Millionen Euro – andere kreisangehörige Städte wie Kornwestheim, Ditzingen, Remseck, Kornal-Münchingen oder Gerlingen können da bei Weitem nicht mithalten. Das Gros der Kommunalsubventionen – nämlich 13,8 Millionen Euro – kommt

übrigens von Bilgers Ministerium, 92 Prozent davon fließen in die Ludwigsburger Stadtkasse. Das BMVI fördert hauptsächlich „Projekte, die dem Ausbau der Breitband- und Ladeinfrastruktur dienen oder Lösungen im digitalen Straßenraum vorantreiben“, so Bilger. Die Gesamtsumme für die Breitbandförderung beläuft sich auf 2,3 Millionen Euro, für den großen Posten der Kreisstadt spielt die Digitalisierung des Verkehrs – etwa durch Steuererleichterungen für die Beschleunigung von Bussen und Einsatzfahrzeugen – eine zentrale Rolle.

Vergleichsweise bescheiden fällt mit 8,4 Millionen Euro die Bundesförderung öffentlicher Einrichtungen aus: Hauptsächlich die Ludwigsburger Hochschulen – PH (5,5 Millionen) und Karlshöhe (1,5 Millionen) – sind hier die Nutznießer. (pro)

Moment mal
(K)ein Leben wie in Nordkorea

VON STEPHANIE NAGEL

Vor einigen Jahren war ich in Russland mit meiner Freundin Natalia bei einer Demonstration. Das ist kein Schreibfehler, sondern eine kreative Aktion, eine Parodie auf eine Demonstration. Die Teilnehmer kommen mit Plakaten, auf denen lustige bis tief sinnige Sprüche oder absurde Forderungen stehen. Ab und an taucht auch mal ein politischer Slogan auf, zum Beispiel „Nördlicher als Korea“. Was damals Spaß war, ist nun auf Russlands Straßen Ernst.

Das Enthüllungsvideo des Oppositionellen Alexej Nawalny, laut dem ein sündhaft teurer Palast an der russischen Schwarzmeerküste Präsident Wladimir Putin gehören soll, war nur der Anstoß für die aktuellen Proteste. Wem er wirklich gehört, spielt schon keine Rolle mehr. Denn auch Putins Kumpel Arkadi Rotenberg, der inzwischen in die Bresche sprang, kann nur zu so viel Geld gekommen sein, indem er sich Reichtümer des Landes angeeignet hat. Die Klobürsten im Palast kosten übrigens 700 Euro. Pro Stück. Ein durchschnittlicher Russe muss dafür über einen Monat arbeiten.

Lange haben Natalia und ich diskutiert, ob es so sinnvoll war, dass Alexej Nawalny nach Russland zurückgekehrt ist, nur um dort direkt in Haft zu kommen. War es Mut, Märtyrertum oder doch Naivität? Mein Argument, dass er bei uns in Deutschland nach dem überstandenen Giftanschlag ein schönes Leben hätte haben können, ließ sie nicht gelten: „Er will dieses Leben, aber er will es in Russland!“ Und sich dabei eben nicht wie in Nordkorea fühlen müssen.

STEPHANIE NAGEL
stephanie.nagel@lkz.de

POLIZEIREPORT

AFFALTERBACH

Auto schleudert gegen einen Baum

Auf regennasser Fahrbahn ist ein 45-jähriger Autofahrer auf der abschüssigen Kreisstraße von Affalterbach in Richtung Burgstall von der Straße abgekommen. Vermutlich sei der Fahrer in einer langgezogenen Linkskurve zu schnell gefahren und habe dann die Kontrolle über sein Fahrzeug verloren, so die Polizei. Er sei auf den unbefestigten Fahrbahnrand gekommen und habe einen Leitpfosten überfahren. In der Folge prallte der Wagen mit der Beifahrerseite gegen einen Baum, drehte sich und kam im abschüssigen morastigen Grünbereich zum Stehen. Bei dem Zusammenprall wurde die 43-jährige Beifahrerin schwer, der Fahrer leicht verletzt. Ersthelfer retteten sie aus dem Fahrzeug. Der Rettungsdienst brachte die Verletzten in ein Krankenhaus. Ein Atemalkoholtest bestätigte den Verdacht, dass der 45-Jährige Alkohol getrunken hat. Ob er überhaupt einen Führerschein besitzt, muss laut Polizei noch ermittelt werden. (red)

KONTAKT

Kreisredaktion
E-Mail: kreisredaktion@lkz.de
Telefon: (07141) 130-243

Schmaler Grat zwischen Schutz und Aufklärung

Missbrauchsprozess: Anwältin des Mädchens möchte deren Zustand im Verfahren thematisieren, doch das würde den Fortgang gefährden

MARBACH/HEILBRONN

VON JULIA SCHWEIZER

Der Prozess gegen einen 31-Jährigen wegen schweren sexuellen Missbrauchs an einer Nichte und zwei Neffen steht eigentlich kurz vor dem Abschluss, es fehlen nur noch die Plädoyers und das für Freitag geplante Urteil. Doch dann stand gestern zwischenzeitlich alles auf der Kippe.

Denn am Ende des dritten Verhandlungstages warf die Anwältin der Nebenklägerin ein, dass sie noch Angaben machen könne, wie es der Hauptgeschädigten ginge, dem heute 13 Jahre alten Mädchen, und welche Folgen es für sie habe, dass ihr Onkel sie

im Grundschulalter mehrfach an den Genitalien berührt und den Finger eingeführt habe. Doch das führte zu längeren Diskussionen, denn die Richterin fürchtete gar um das gesamte Verfahren. Der Bericht allein reichte nicht, dann müsse man eigentlich auch das Mädchen als Zeugin hören, was man allen drei Kindern wegen des weitgehenden Geständnisses und aus Opferschutzgründen ersparen wollte. Und selbst wenn wie gewünscht nur eine Betreuerin des Heims aussage, in dem das Mädchen nun lebt, und die Stellungnahme ihres Psychologen verlesen werde, müssten die beiden Sachverständigen anwesend sein, was angesichts deren

Terminkalendern und der Fristen für maximale Abstände zwischen Prozesstagen fraglich schein.

Die Psychiater waren deshalb auch nicht länger als nötig anwesend und da schon weg. In ihren Berichten zuvor war auch deutlich geworden, welche Probleme es gibt, wenn man Kindern weitere Befragungen ersparen will, und speziell in diesem Fall mit „verheerenden Ermittlungen“, so die Verteidigerin. Unter anderem hätte man vor allem das Mädchen bei der Polizei freier erzählen lassen müssen, damit sie später anhand der – im Gericht unternommenen – Aufzeichnung besser prüfen könne, ob es Unstimmig-

keiten gebe, sagte die Psychiaterin. Zudem sei vieles an der Oberfläche geblieben. „Aus ihr wäre noch einiges herauszuholen“, war sie überzeugt. Allerdings müsse man berücksichtigen, dass Jahre zwischen den Taten und dem Juli 2019 liegen, als sich das Mädchen einer Schulsozialarbeiterin anvertraute. Diese hatte mit ihr nach Verhaltensänderungen reden wollen, auch sei von Selbstverletzungen die Rede gewesen, berichtete die Psychiaterin aus dieser Vernehmung.

Die direkten Verwandten trugen dagegen kaum zur Aufklärung bei. Nach den Eltern verweigerte gestern auch die Großmutter die Aussage. Bei ihr lebte